



Bezirksbürgermeister
im Stadtbezirk Ricklingen
Herrn Andreas Markurth

Hannover, 20. Mai 2013

über:

Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste
OE 18.62.09 Bereich Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten
Trammplatz 2
30159 Hannover

Antrag

gem. § 10 der Geschäftsordnung des Rates der
Landeshauptstadt Hannover in die Sitzung des
Bezirksrates Ricklingen am 6. Juni 2013

Wohnkonzept 2025

Der Bezirksrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird die Beschlussdrucksache 0840/2013 (Wohnkonzept 2025) vor
Beschluss durch den Rat auch dem Bezirksrat Ricklingen zur Anhörung vorlegen.

Begründung:

Mit Drucksache 0840/2013 hat die Verwaltung den Stadtbezirksräten das Wohnkonzept
2025 für das Stadtgebiet lediglich zur Kenntnis vorgelegt. In dieser Drucksache ist der
Stadtbezirksrat aber gravierend betroffen. Auch wenn die Drucksache mehrere Stadtbezirke
betrifft, ist hier dem Gremium analog anderer Drucksachen wie etwa 1007/2013 oder
1759/2003 die Anhörung zu gewähren.

Im Rahmen der Ausarbeitung des Wohnkonzeptes 2025 hat es, im Rahmen mehrerer
Wohnungsmarktforen, einen Gedankenaustausch zwischen Verwaltung, Ratspolitik und
Bauträgern gegeben. Einige Aspekte aus diesem Dialog sind bereits in die Drucksache
eingearbeitet. Die Stadtbezirksräte wurden jedoch bislang leider nicht beteiligt. Die CDU-
Fraktion bedauert das sehr, zumal die Tabelle 1 (Anlage 3) deutlich macht, dass die
Stadtbezirksräte mit einem zum Teil erheblichen Neubaaufkommen zu rechnen haben.

Gerade in jüngster Vergangenheit ist deutlich geworden, dass Bau- und
Infrastrukturprojekte auf zum Teil erheblichen Widerstand der Bevölkerung in den jeweiligen
Wohnquartieren bzw. Stadtteilen stoßen. Oftmals sind mangelnde Transparenz oder
fehlende Bürgerbeteiligung hierfür der Grund.

Es erscheint daher sinnvoll, vor der Umsetzung des Wohnkonzeptes die Stadtbezirksräte, in Form der Anhörung, zu beteiligen. Aus Gründen der Akzeptanz ist dies ratsam, aber auch deshalb, weil die Entscheidungsträger vor Ort am Besten wissen, ob und in welchem Rahmen eine etwaige Bebauung erfolgen sollte.

Christian Weske
Fraktionsvorsitzender